

# LINKE vertreibt Ostler?

Berlin-Pankow: Siedler fürchten Vernichtung ihres Lebensmittelpunktes

Es war eine böse Überraschung für zahlreiche Grundstücksnutzer im Berliner Bezirk Pankow. Als kürzlich Berlins Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE) vor den Anwohnern das größte Wohnungsbauprojekt der Hauptstadt vorstellte, überraschte sie mit Zahlen, die außerhalb ihrer Verwaltung vorher niemand gekannt und genannt hatte. Statt 6.000 neuer Wohnungen sollen in dem vorgesehenen neuen Pankower Stadtquartier „Blankenburger Süden“ 10.000 Wohnungen entstehen.

Wie in der turbulenten Auftaktveranstaltung für die „Bürgerbeteiligung“ bei diesem Bauvorhaben deutlich wurde, will die wegen bislang mangelnder Wohnungsbauerfolge unter Druck stehende Senatorin die zusätzlichen 4.000 Wohneinheiten auf Kosten angestammter Siedler schaffen lassen. Neben bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen haben Lompschers Planer auch zwei Siedlun-

gen ins Visier genommen: die „Familiengärten“ und die „Anlage Blankenburg“. Damit sind Kleingärtner, Pächter von Erholungsgrundstücken, aber auch Eigenheimbesitzer mit Eigentumsgrundstücken und Erbbaupachtverträgen in großer Zahl von Vertreibung und Enteignung bedroht. Allein die „Anlage Blankenburg“ umfaßt 1360 Grundstücke und stellt wahrscheinlich das deutschlandweit größte Mischgebiet mit einem Nutzungsspektrum vom Schrebergarten bis zum ganzjährig bewohnten Eigenheim dar.

Viele Berlinerinnen und Berliner hatten hier schon zu DDR-Zeiten ihren Lebensmittelpunkt. Der Einigungsvertrag von 1990, die Grundlage für die Vereinigung von BRD und DDR, sollte sie davor schützen, von diesem Lebensmittelpunkt vertrieben zu werden. So konnten auf der Grundlage des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes zahlreiche Grundstücksnutzer ihre Grundstücke kaufen oder

einen Erbbaupachtvertrag abschließen. Der VDGN hatte 1998 ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) erwirkt, nach dem auch Kleingärtnern, die zu DDR-Zeiten auf ihren Parzellen wohnten, die Behandlung nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz gewährt wurde.

Wird nun ausgerechnet die LINKEN-Senatorin Katrin Lompscher dafür sorgen, Menschen aus dem Ostteil Berlins ihren angestammten Lebensmittelpunkt zu nehmen und so den Einigungsvertrag zur Makulatur zu machen? Betroffene der erweiterten Planungen für das Bauvorhaben „Blankenburger Süden“, die übrigens selbst den Pankower Bezirksbürgermeister Sören Benn von der Partei DIE LINKE überraschten, haben sich unmittelbar nach der Auftaktveranstaltung für die „Bürgerbeteiligung“ hilflos suchend an den VDGN gewandt. Der VDGN wird sich intensiv ihrer Probleme annehmen.